



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Petra Guttenberger, Dr. Florian Herrmann, Josef Zellmeier, Jürgen W. Heike, Manfred Ländner, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Max Gibis, Bernd Kränzle, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Dr. Franz Rieger, Martin Schöffel, Karl Straub, Peter Tomaschko, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann CSU**

Drs. 17/6144, 17/6799

Islamistische Radikalisierung von Strafgefangenen verhindern!

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen der vorhandenen Stellen und Mittel gegen die islamistische Radikalisierung von Strafgefangenen entschlossen vorzugehen und dabei insbesondere folgende Maßnahmen in den bayerischen Justizvollzugsanstalten zu ergreifen:

1. Die Schulungs- und Fortbildungsangebote für Justizvollzugsbedienstete im Hinblick auf den Umgang mit islamistischen Gefangenen sollen ausgebaut werden, um Radikalisierungstendenzen von Gefangenen rechtzeitig erkennen und Deradikalisierungsprozesse von bereits fanatisierten Gefangenen besser unterstützen zu können.
2. Auch das seelsorgerische Angebot für muslimische Gefangene in den Justizvollzugsanstalten soll verbessert werden, um dem Einfluss sog. Hassprediger von außen oder islamistischer Mitgefangener präventiv entgegenzuwirken.
3. Im Rahmen des bereits vorhandenen Übergangsmanagements soll eine enge Zusammenarbeit mit den betroffenen Stellen und Behörden gepflegt werden. Ggf. sollen weitere geeignete Maßnahmen implementiert werden, um insbesondere Ausstiegshilfen zu vermitteln und eine begleitende Betreuung zu gewährleisten.
4. Geeignete Behandlungs- und Betreuungsprogramme im Hinblick auf die Stärkung des Toleranz- und Demokratieverständnisses sowie den Aufbau von individuellen Kompetenzen für eine positive Lebensplanung sollen intensiviert und fortentwickelt werden.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident